

Es gilt das gesprochene Wort!

**20. Jahrestag der kommunalen Selbstverwaltung
Städte- und Gemeindebund Brandenburg
Rüdersdorf, 6. September 2010**

Herr Ministerpräsident Platzeck,
Herr Landtagspräsident Fritsch,
Herr Minister Speer,
Herr Dr. Landsberg,
Herr Große,
verehrte Mitglieder des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg,

ich gratuliere Ihnen zum 20. Jahrestag der kommunalen Selbstverwaltung in Brandenburg. Der Fall der Berliner Mauer und die deutsche Einheit haben die politische Landschaft Deutschlands und Europas erheblich verändert. Eine der Veränderungen war die Schaffung einer starken, demokratischen Selbstverwaltung. Die Amerikaner sahen darin die Erfüllung ihrer Hoffnungen für Deutschland: ein starker, demokratischer Partner und dynamische transatlantische Beziehungen. Im Jahr des Wandels, zwischen Herbst 1989 und dem 3. Oktober 1990, hat sich das amerikanische Volk dem Wunsch der Deutschen nach einer Einheit in Freiheit angeschlossen. Für die Amerikaner war dieses Ereignis fast genauso aufregend wie für die Massen, die sich durch das Brandenburger Tor in Berlin drängten. Als sich der Ruf der Montagsdemonstrationen von „Wir sind das Volk!“ zu „Wir sind ein Volk“ wandelte und die Wiedervereinigung zur Realität wurde, sagten die Amerikaner „Das ist wunderbar!“

Mit seinen Worten und Taten machte Präsident George Bush auch sehr deutlich, dass die Vereinigten Staaten Deutschland in dieser kritischen Zeit zur Seite stehen würden. Er wollte der deutschen Öffentlichkeit und den anderen Völkern Europas zeigen, dass das neue europäische System Sicherheit und Freiheit bieten würde. Und er hatte Erfolg.

Präsident Bush hatte erkannt, dass sich die Entscheidungen jener Zeit auf den Kurs Europas und der internationalen Beziehungen in den nächsten Jahrzehnten auswirken würden. Das Ziel der Vereinigten Staaten war, Europa in Frieden und Freiheit zu vereinen und dabei eine Art Versailler Frieden zu vermeiden, der letztendlich selbstzerstörerisch wäre. Daher war es wichtig sicherzustellen, dass individuelles Handeln und das umfassendere strategische Ziel der Sicherheit ineinander greifen. Insgesamt wollte die Diplomatie der deutschen Wiedervereinigung den Kalten Krieg hinter sich lassen, indem sie das Fundament für eine politische und sicherheitspolitische Struktur in Europa schuf.

Dieser Prozess hätte an zahlreichen Hindernissen scheitern können, aber nach ersten Zweifeln unterstützten die NATO-Bündnispartner, insbesondere Großbritannien und Frankreich, die Strategie der Deutschen und der Amerikaner. Und auch das Timing stimmte. Die Sowjetunion veränderte sich. Ihr Präsident, Michail Gorbatschow, öffnete neue Türen. In Osteuropa brodelte es. Und so kam es, dass Deutschland vor zwanzig Jahren ein erstaunliches historisches Kunststück gelang. Innerhalb von elf Monaten vereinten sich West- und Ostdeutschland friedlich. Adenauers nüchterne Wirklichkeit „Freiheit vor Einheit“ entwickelte sich zu einer neuen Ära von Freiheit und Einheit.

Wir leben in einer neuen politischen Landschaft, die der Fall der Berliner Mauer, die deutsche Wiedervereinigung, der friedliche Zerfall der Sowjetunion und die Revolutionen im ehemaligen Sowjetblock erst möglich gemacht haben. Diese Ereignisse brachten uns Chancen, die vor 20 Jahren noch undenkbar gewesen wären.

Die Zeit nach 1989 war aufregend, aber sie führte auch zu einer gewissen Verunsicherung. Die 16 Millionen Ostdeutschen gerecht zu integrieren war, gelinde gesagt, schwierig. Integration kann nicht nur anhand wirtschaftlicher oder politischer Faktoren gemessen werden; in diesem Prozess spielen noch viele andere Aspekte eine Rolle, wenn auch Wirtschaft und Politik die greifbarsten sind. Bundeskanzlerin Merkel ist selbst zu einem Symbol dieses Prozesses geworden, und selbst sie sagt, dass er noch nicht abgeschlossen ist. Aber es ist schon sehr viel erreicht worden.

Es ist natürlich eine Tatsache, dass die Beziehungen zwischen meinem Land und den östlichen Bundesländern bei Weitem nicht so tief und dynamisch waren, wie unsere Beziehungen zu Westdeutschland. Wir haben schon vor dem Mauerfall damit angefangen, das zu korrigieren. Mein Vorgänger in Ostberlin und seine Mitarbeiter stellten den Kontakt zu Organisationen und Einzelpersonen her, wann immer das möglich war. Der erste Besuch eines Regierungsbeamten aus Washington war der von Außenminister James Baker. Nachdem er im Dezember 1989 in Berlin in einer Rede die Haltung der Vereinigten Staaten zur Wiedervereinigung deutlich gemacht hatte, entschloss er sich spontan zu einem Besuch in Potsdam. Dieser Besuch hinterließ bei ihm einen bleibenden Eindruck. Ein andermal besuchte Außenminister Baker mit Außenminister Genscher die Stadt Halle. Erst letzte Woche hat Herr Genscher übrigens mit mir den gleichen Rundgang durch seine Heimatstadt gemacht. Wir sprachen über die Fortschritte, die seither gemacht wurden. Seit der Wiedervereinigung haben zahlreiche Forschungseinrichtungen, technische Hochschulen und Universitäten in Brandenburg Kooperationsvereinbarungen, Partnerschaften und Austauschprogramme mit den entsprechenden amerikanischen Institutionen. Insgesamt sind die Vereinigten Staaten der größte Investor in den östlichen Ländern. Hier in Brandenburg haben mehr als 60 amerikanische Unternehmen investiert, die über 7.000 Brandenburger beschäftigen. Seit meiner Ankunft in Berlin vor über einem Jahr hat die Botschaft mit Besuchen bei Bürgermeistern und anderen Vertretern der Städte Kontakt zu mehr als zehn Gemeinden im Land Bran-

denburg aufgenommen. Einige dieser Gemeinden standen schon seit dem Mauerfall in engem Kontakt mit den Vereinigten Staaten. Andere empfangen zum ersten Mal einen amerikanischen Regierungsvertreter. Wir werden in der Zukunft noch weitere Wege beschreiten, um unser Profil in Brandenburg zu stärken.

In einem breiteren Kontext betrachtet sind die Probleme, mit denen die Welt heute konfrontiert ist, viel komplexer, als wir es uns vor zwanzig Jahren hätten vorstellen können. Wir müssen diesen Herausforderungen ebenso strategisch wie kreativ begegnen. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind enorm – aber in jeder dieser Herausforderungen stecken auch enorme Chancen. Einige dieser Fragen sind breit gefächert und müssen auf nationaler oder sogar internationaler Ebene erörtert werden, aber sie alle wirken sich auch auf kommunaler Ebene in Ihren Städten und Gemeinden aus. Diese Fragen betreffen zum Beispiel:

- den Klimawandel, Umweltfragen und die Notwendigkeit, eine neue, umweltfreundliche Wirtschaft des 21. Jahrhunderts zu schaffen,
- die Reform der Finanzmärkte,
- das Gleichgewicht zwischen exportwirtschaftlicher Stärke, Binnennachfrage und Einsparungen,
- die Schaffung von Arbeitsplätzen und Beschäftigung,
- die innenpolitischen Herausforderungen im Zusammenhang mit sozialen Leistungen,
- demografische Fragen,
- Vielfalt und Integration.

Und bei all dem habe ich noch nicht einmal die geopolitischen Fragen angesprochen, die ganz oben auf unserer Agenda stehen. Deutschland gehört zu den Kernmitgliedern der Europäischen Union. Wenn die große Idee einer europäischen Einheit in die Realität umgesetzt wird, dann steckt auch darin enormes Potenzial.

In der vergangenen Woche wurden die direkten Verhandlungen zwischen Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde erfolgreich wieder aufgenommen, um für die Region einen gerechten Frieden zu schaffen. Wir glauben, dass dieser Konflikt lösbar ist und dass diese Verhandlungen zu einem endgültigen Abkommen führen können, das die Schaffung eines palästinensischen Staates und Sicherheit für Israelis und Palästinenser ermöglicht. Wir glauben, dass das möglich ist.

Der Terrorismus bedroht unsere Bürger und unsere Gesellschaften weiterhin. Ende dieser Woche werden wir einen weiteren traurigen Jahrestag der Anschläge vom 11. September 2001 begehen. Diese Anschläge waren im Hinblick auf die Debatte über Datenschutz und den Schutz freier Gesellschaften der Beginn einer neuen Zeitrechnung. Dabei bin ich mir bewusst, dass die Debatte über Demokratie, Menschenrechte und freie Meinungsäußerung hier in den östlichen Bundesländern eine ganz besondere Bedeutung hat.

Das „deutsche Problem“ ist eines der wenigen Probleme der jüngeren Geschichte, das gelöst wurde. Der Historiker Fritz Stern hat dazu gesagt, dass Deutschland mit der Wiedervereinigung eine zweite Chance erhalten hat, den ständigen Prozess der Erinnerung und der Erneuerung des Bekenntnisses zum 1. Artikel des deutschen Grundgesetzes zu prägen: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Die Vergangenheit ist untrennbar mit unserer Gegenwart verbunden. Eine der wichtigsten Erfahrungen, die wir seit dem Ende des 2. Weltkrieges gemacht haben, ist, dass wir mehr zu gewinnen haben, wenn Länder zusammenarbeiten, als wenn sie aneinander geraten. Kein Land kann die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts allein bewältigen. Wir brauchen starke Partner – und nirgendwo sind diese Partner besser oder engagierter als in Europa. Unsere transatlantischen Beziehungen sind der Anker unseres globalen diplomatischen Engagements. Wir können uns nicht einfach zurücklehnen und die Errungenschaften des 20. Jahrhunderts feiern oder die Bequemlichkeiten des 21. Jahrhunderts genießen. Wir müssen unsere Institutionen und Bündnisse erneuern. In diesem neuen Jahrhundert werden Amerikaner und Europäer mehr tun müssen – nicht weniger.

Und so ist eines meiner Ziele zu vermitteln, welche Chancen und welches Potenzial die deutsch-amerikanischen Beziehungen des 21. Jahrhunderts in sich bergen. Im vergangenen Jahr habe ich im Rahmen so genannter „Town Hall Meetings“ Tausende deutsche Studenten getroffen. „Town Hall“ bedeutet, dass bei diesen Veranstaltungen nicht die ganze Zeit nur ich rede. Ich spreche über meine Sicht auf die Gegenwart und die Vergangenheit der deutsch-amerikanischen Partnerschaft, und dann höre ich mir an, was die Studenten zu sagen haben. Meine Botschaft bei diesen Veranstaltungen ist einfach: Ich sage Ihnen, dass sie alles tun sollen, um in zwanzig Jahren, wenn sie auf diese Zeit zurückblicken, sagen zu können, dass unsere Generationen – also ihre und meine – ihren Teil dazu beigetragen haben, diese Welt friedlicher, wohlhabender und gerechter zu machen. Immerhin werden sie es sein, die die Lösungen zu den Herausforderungen dieses jungen Jahrhunderts finden und umsetzen und mit einer neuen Vision dessen, was wir gemeinsam erreichen können, vorangehen müssen. Ich sagte ja vorhin, dass wir weitere Wege beschreiten werden, um unser Profil in Brandenburg zu stärken – und dazu werden auch Town Hall Meetings gehören.

Vielen Dank für Ihre herzliche Gastfreundschaft, die ich hoffentlich erwidern kann, wenn Sie einmal nach Berlin kommen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.